Ä34 EU Außenpolitik - Eine Union für den Frieden (NEU)

Antragsteller*in: Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV)

Änderungsantrag zu A2

Von Zeile 32 bis 43:
~~Grundsätzlich stehen wir dem Instrument einer ständigen strukturierten Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen (PESCO) nicht ablehnend gegenüber. Doch sie muss der Abrüstung, dem Schaffen von Synergien dienen, nicht der Aufrüstung. Und sie kann nicht die alleinige Antwort auf Herausforderungen der Sicherheitspolitik sein. PESCO, so wie es nun ausgestaltet ist, hat einen deutlichen Überhang für industriepolitische Verteidigungspolitik. Der Haushalt, den das EP in Begleitung von PESCO aufgesetzt hat, wird voraussichtlich im Blickfeld eines engen Sicherheitsbegriffs, nicht im Sinne der Menschlichen Sicherheit (Human Security) gestaltet. Pooling und Sharing von Verteidigungskapazitäten in der Europäischen Union sind sinnvoll, sie dürfen aber nicht zum Verkaufsargument für die Erhöhung von Militärausgaben und einer Militarisierung der Europäischen Union genutzt werden.~~

Wir stehen dem Instrument einer ständigen strukturierten Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen (PESCO) skeptisch gegenüber. Statt eine gemeinsame Sozialunion voranzutreiben und z.B. die hohe Jugendarbeitslosigkeit im Süden Europas zu bekämpfen, investiert die EU in Migrantenabwehr und Rüstungsgeschäfte. Wir fordern stattdessen eine Zusammenarbeit bei Abrüstung, Ziviler Konfliktbearbeitung und Krisenprävention. Das Schaffen von Synergien bei der Verteidungskapazitäten der Europäischen Union ist sinnvoll. Sie dürfen aber nicht zum Verkaufsargument für die Erhöhung von Militärausgaben und einer Militarisierung der Europäischen Union genutzt werden.

Begründung

Es ist nicht erkennbar, dass die im Rahmen von PESCO geplanten Maßnahmen der Schaffung von Synergien dienen. Stattdessen stehen Migrantenabwehr, die Erleichterung von Rüstungsgeschäften und die schnellere Verlegung von Truppen in den Osten im Vordergrund. Gemeinsame Projekte zur Zivilen Konfliktbearbeitung sind nicht vorgesehen. Die BAG Frieden und Internationales sollte sich daher kritischer äußern als die BDK dies in dem letzten Beschluss getan hat.